

Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) erklärte, dass jede Kommune das Recht haben sollte, selbst zu entscheiden, ob die Bürger Straßenbaubebüräge zahlen müssen oder nicht. Er betonte: "Es wird nichts verboten, niemandem werden Grenzen gesetzt, sondern es gibt neue Gestaltungsmöglichkeiten und Eigenverantwortung." Stephan Holowaty (FDP) versprach den Kommunen, dass es echte Wahlmöglichkeiten geben werde. Ein Verzicht auf die Erhebung der Beiträge werde nicht zu Nachteilen bei der Genehmigung des Kommunalhaushaltes oder der Mittelzuweisung des Landesfonds. Konsolidierungsgemeinden würden nicht schlechter gestellt oder gar bestraft werden.

Die von der Koalition angestrebte Änderung der Gemeindeordnung wird unter anderem damit begründet, dass der Verwaltungsaufwand für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in keinem angemessenen Verhältnis zu den Einzahlungen beziehungsweise Einnahmen stehe.

Kritik an fehlenden Ausgleichszahlungen

Die Grünen hatten in der alten Küstenkoalition mit SPD und SSW noch betont, dass es keinen Wettbewerb der Kommunen geben dürfe. Daher sei der jetzt vorliegende Gesetzentwurf für ihre Fraktion kein leichter Weg gewesen, gestand Ines Strehlau (Grüne) ein. Viele Gemeinden aber seien mit dem Status quo nicht zufrieden und Bürger

Handlungsfreiheit in Schleswig-Holstein

Straßenausbaubeiträge: Rückkehr zur "Kann"-Regelung

(BS/lkm) Kommunen in Schleswig-Holstein sollen schon bald wieder selbst entscheiden können, ob sie von Anwohnern Beiträge für den Straßenbau vor ihrer Haustür erheben oder darauf verzichten wollen. Das sieht ein Gesetzentwurf der Jamaika-Koalition vor, mit dem sie die 2012 von der rot-grün-blauen Vorgängerregierung eingeführte Pflicht-Erhebung wieder rückgängig machen möchte. Auf kommunaler Seite zeigt man sich skeptisch über die neue Kann-Regelung.

monierten immer wieder nicht nachvollziehbare Entscheidungen der Verwaltung.

Beate Raudies (SPD) hielt der Koalition dagegen vor, die Verantwortung in die kommunalen Vertretungen zu verschieben: "Sie kippen diese Probleme den Kommunalpolitikern vor Ort vor die Füße, die sich neben der nebulösen Finanzierung auch noch mit den abschabaren Protesten der Zukunftskommenen herumschlagen dürfen." Viel schlimmer sei aber, so Raudies, dass der versprochene finanzielle Ausgleich für Kommunen, die auf Ausbaubebüräge verzichten wollen, "auf den Sankt Nimmerleinstag" verschoben werde.

Innenminister Grote betonte in seiner Rede, dass man die Kommunen hier aber bewusst in die Pflicht nehmen wolle: "Natürlich wollen einige Kommunen die Straßenausbaubeiträge weiterhin pflichtig erheben haben, weil sie mit den Bürgern keine kommunalpolitische Debatte suchen wollen." Oft höre er hier die Ausrede, man wolle ja, aber die in Kiel hätten anders entschieden. Kommunen dürfen sich, so Grote, hier nicht nur



Es gibt Kommunen, die sich einen Verzicht auf die Straßenausbaubeiträge leisten können. Andere hingegen können das nicht so einfach. Straßenausbaubeiträge sind daher ein emotionales Thema in der Kommunalpolitik. Die Meinungen dazu gehen hier bisweilen weit auseinander.

Foto: BS/Florentine, pixelio.de

die Rosinen rauspicken. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung gehöre es auch dazu, solche kritischen Themen in den Kommunen zu besprechen. Mit dem neuen Gesetz werde den Kommunen mehr Gestaltungsmöglichkeiten und damit mehr Eigenverantwortung gegeben, so er Innenminister.

Bedenken bei Kommunen

Bereits vor knapp einem Jahr hatte die CDU zusammen mit den Piraten erfolglos die Rückkehr zur freiwilligen Erhebung der Beiträge gefordert. Der Gemeindetag Schleswig-Holstein gab damals zu bedenken, dass

mit einer Abschaffung der Pflicht zur Erhebung der Beiträge in allen Gemeinden, in denen die Straßenausbaubeitragsrecht bisher erfolgreich umgesetzt wurde, sofort kommunalpolitische Initiativen zur Abschaffung von Straßenausbaubeitragsatzungen hervorgerufen werden könnten. Insbesondere wegen der Signalwirkung hätte die

Änderung der Finanzierungsgrundsätze Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen kommunaler Infrastruktur insgesamt.

"Es dürfen insbesondere nicht diejenigen Kommunalpolitiker im Regen stehen gelassen"

wurden, die in den vergangenen Jahren für die Durchsetzung von Straßenausbaubeiträgen

"den Kopf hingehalten haben",

schreibt der Kommunalverband in einer Stellungnahme zur Aufhebung der Rechtspflicht.

Auch in den Kommunen ist man noch skeptisch angesichts der neuen Gestaltungsspielräume, die das Land ihnen geben will. Sie sehen das Land in der Pflicht, dann an anderer Stelle für finanzielle Kompensation zu sorgen. "Wenn die künftige Landesregierung die Grundvoraussetzungen erfüllt und uns finanziell so stellt, dass wir auf die Beiträge verzichten können, dann machen wir das", sagte etwa Andreas Gurtz, CDU-Fraktionschef in der Gemeinde Stockelsdorf, gegenüber den Lübecker Nachrichten. Ähnlich sieht man es auch in Melenste. Die Gemeinde könnte es sich nicht leisten, auf die Beiträge zu verzichten, selbst wenn dadurch keine Nachteile bei der Genehmigung ihres Haushalts oder bei der Mittelzuweisung vom Land entstünden. Bürgermeister Tanja Rönck (parteilos) sieht die neue Regelung daher nicht als realistisch an, denn ein Verzicht auf die Beiträge bedeutet dennoch einen höheren Fehlbetrag im Haushalt. Auf die Frage, wie die Gemeinde diesen stattdessen ausgleichen könnte, hat sie noch keine Antwort.

Streit um Gebühr für Wahlplakate

Brandenburger Kommune betritt Neuland

(BS/lkm) In Brandenburg hat erstmals eine Kommune Gebühren für das Aufhängen von Wahlplakaten von Parteien verlangt. Kritik kam von der CDU und den Grünen, da das Funktionieren der Demokratie durch die Gebühr eingeschränkt werde, doch das Land bestätigte, dass die Gebühr rechtmässig ist. In Letschin kann man die Aufregung nicht verstehen. Als finanziell klämme Kommune sei man auf jede mögliche Einnahme angewiesen.



In Letschin wurden zwar Wahlplakate aufgehängt, aber nicht so viele wie in anderen Städten wie hier auf dem Bild. Die CDU und die Grünen verzichteten auf Protest komplett auf Wahlplakate in der Gemeinde.

Foto: BS/Karl-Ludwig Poggemann, cc by 2.0, flickr.com

Zentrale Abwasserverbände sind ökonomischer und ökologischer

von Dr. Ulrich Keilmann

Zentral strukturierte Abwasserverbände

- erfüllen ihre Aufgaben wirtschaftlicher und
- ihre Reinigungsleistung ist deutlich besser.

Dies war das Ergebnis der überörtlichen vergleichenden Prüfung, in der wir die Wirtschaftlichkeit der Abwasserbeseitigung bei 17 hessischen Abwasserverbänden (AV) auf der Prüfstand stellten.

Den Zusammenhang zwischen Verbandsstruktur und Umfrage (Wirtschaftlichkeit) konnten wir deutlich anhand der untenstehenden Regressionsnachweise weisen (Ansicht 1). Ein Abwasserverband A unterhielt zum Prüfungszeitpunkt fünf Kläranlagen mit je einem genehmigten Reinigungs volumen von knapp über 4.700 Einwohnern. Die durchschnittlich kostendeckende Umfrage lag dort bei 146 Euro pro Einwohner und damit weit über dem Medianwert.

Eine gänzlich andere Struk-



Dr. Ulrich Keilmann
leitet die Abteilung Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften

beim Hessischen Rechnungshof in Darmstadt.

Foto: BS/Hessischer Rechnungshof

schöpfte lediglich ein Drittel der Reinigungsleistung aus. Abwasserverband B zeigte hingegen die höchste Reinigungsleistung im Vergleich von 80 Prozent. Insofern wirkte sich die zentrale Verbandsstruktur auch positiv auf die Reinigungsqualität aus.

Soweit sachgerecht und wirtschaftlich möglich, sollten die Abwasserverbände, gerade vor anstehenden größeren Investitionen, den Anschluss von kleineren an größere Kläranlagen mit freien Kapazitäten erwarten. Verbandszusammenschlüsse oder -erweiterungen sind ebenfalls Möglichkeiten, größere und damit effizienter arbeitende Einheiten zu schaffen.

Daneben untersuchten wir, ob größere Kläranlagen bessere Reinigungsleistungen erreichten. Auch die weist die untenstehende Regressionsanalyse (Ansicht 2) aus. Der o. a. Abwasserverband A

Lesen Sie mehr zum Thema
"Abwasserverbände im Kommu-
nalbericht 2016, Hessischer Landtag, Drucksache
19/3908 vom 2. Dezember
2016, S. 214 ff.

tur wies der Abwasserverband B auf. Hier gab es nur eine Kläranlage, allerdings mit einer genehmigten Ausbaugröße für 70.000 Einwohner. Mit nur 32 Euro je Einwohner belastete der Verband seine Mitglieder am geringsten und bestätigte die Korrelation zwischen Verbandsstruktur und Höhe der Verbandsumfrage.

Daneben untersuchten wir,

ob größere Kläranlagen bes-

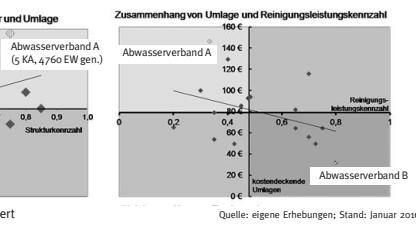
sere Reinigungsleistungen er-

reichten. Auch die weist die un-

tenstehende Regressionsanalyse

(Ansicht 2) aus. Der o. a.

Abwasserverband A



Werte je angeschlossener Einwohnerwert

■ Beamtdarlehen 10.000,- € - 120.000,-
■ Glückszins Kredite für Sparfüchse
■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
■ Baufinanzierungen echt günstig
1.080 - 1.000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
Günstiges Darlehen ab 60.000,- €, Laufzeit 48 bis 120 Monate
Reputations-Basisraten ab 60,- € p.A., Laufzeit 48 Monate
2,74% p.a., Rate 44,- €, Gesamtkosten 21.137,- €
www.AutoKreditcenter.de

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
6350 Darmstadt
Tel.: (0611) 179180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtdendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

Spezialdarlehen Beamte / Angestellte o.D. / Berufssozialdienst / Akademiker
Günstiges Darlehen ab 60.000,- €, Laufzeit fest
2,95% p.a., Rate 52,- €, Sichere Raten
hohen Grundraten, Bruttoabzug 44.317,- €, Sicherung
für alle Gehaltsabzüge, Verwendung: z.B. Modernisierung
und ums Haus, Abholung teurer Rentenrente, Miete
oder Lebenshaltungskosten, Hochrechnung Monat
Sonderbeitrag jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten,
keine Lebens-, Renten- oder Restschuldenversicherung

NÜRNBERGER
Mehrheitsgesellschafter Finanzvermittlung
Projekt-Haus-Str. 19 - 46325 Borken-Weske

noriert werden und damit solche Handlungen regelrecht erzwungen werden."

Auf rund 670 Euro belief sich die Rechnung, die die Brandenburger CDU aus Letschin für das Anbringen von rund 250 Wahlplakaten bekam. "Wir haben dieses Geld nicht", so Augustin.

Wahlkampf sei ohnehin teuer. Die CDU hat daher ihren Antrag für das Aufhängen der Plakate zurückgenommen.

Auch die Grünen verzichteten auf Protest auf Wahlwerbung in Letschin. "Alles Gerede von Millionen, die die Parteien haben und dann 'unterreichen' müssen, ist totaler Quatsch", kritisiert die Landtagsabgeordnete. Auch hier gestalte sich die Finanzierung von unten nach oben. Es sei zu einem Großteil der Mitgliedsbeitrag, der die Finanzierung ausmache.

Augustin betont, dass es aber vor allem um das Funktionieren der Demokratie, um die Meinungs- und Willensbildung im Vorfeld eines Urnenganges gehe, wie sehr die finanzschwachen Kommunen durch das Land ig-
noriert werden und damit solche Handlungen regelrecht erzwungen werden."

Auf eine Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten bestätigte das Brandenburger Infrastrukturministerium jedoch, dass das Erheben von Gebühren für Wahlplakate durch Kommunen rechtmässig sei. Es handele sich um eine erlaubnispflichtige Sondernutzung für die eine Gebühr verlangt werden könne.

Wenn alle Gemeinden in Märkisch-Oderland wie Letschin verfahren würden, würden für die CDU Kosten von 10.000 bis 15.000 Euro anfallen, erklärt Augustin. Sie wolle sich daher im Landtag darum bemühen, solche Gebühren für unzulässig zu erklären.

Auf eine Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten bestätigte das Brandenburger Infrastrukturministerium jedoch, dass das Erheben von Gebühren für Wahlplakate durch Kommunen rechtmässig sei. Es handele sich um eine erlaubnispflichtige Sondernutzung für die eine Gebühr verlangt werden könne.

Bundesweites Interesse

Michael Böttcher, Bürgermeister von Letschin, zieht indes eine positive Bilanz der Gebühr. Zwar hätte man mit doppelt so hohem Einnahmen geplant, aber auch mit 367,47 Euro sei man zufrieden. Zudem hätten sich bereits Kommunen aus dem ganzen Land nach dem Gebührenmodell erkundigt.

Auch in Heckelberg-Brunow, 40 Kilometer von Letschin entfernt, wollte man Gebühren für Wahlplakate erheben, hatte für die Bundestagswahl aber die Fristen verpasst. "Aber der nächsten Landtagswahl verlangen wir Gebühren", so Heiko Liebig, Bürgermeister von Heckelberg-Brunow. Böttcher merkt indes noch an: "Würde das Land sein Dorf finanziell angemessen ausstatten, hätte man die Diskussion gar nicht."